

Dringlichkeits-A1NEU2 Solidaritätsantrag mit der vertriebenen Bevölkerung Rojavas

Antragsteller*in: Nadia Abd El Hafez (CampusGrün Hamburg)

Tagesordnungspunkt: 10.3. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 In Rojava ist es unter äußerst schwierigen Bedingungen gelungen ein
2 einzigartiges demokratisches System aufzubauen unter dem Feminismus und
3 progressive Zivilgesellschaft aufblühen konnte. Daher solidarisiert sich
4 CampusGrün mit der vertriebenen Bevölkerung Rojavas und positioniert sich gegen
5 die türkische Invasion unter der faschistoiden Politik Erdogans und der
6 Stationierung aller ausländischen Besatzungstruppen. Ebenso benötigt es aber
7 auch einer Aufarbeitung der und Gegnerschaft zur Instrumentalisierung Rojavas
8 und der dortigen Ölförderung durch westliche Eigeninteressen, gestützt durch das
9 amerikanische Militär.

10 In lokalen Hochschulgremien und durch Bündnisse arbeiten CampusGrüne auf eine
11 Auseinandersetzung mit Demokratieprojekten wie dem in Rojava innerhalb der
12 Forschung und Lehre an Hochschulen hin. Dadurch wollen wir als Sofortmaßnahme
13 auch auf Mobilitätsprogramme für Wissenschaftler*innen und Studierende aus
14 Rojava hinarbeiten.

15 Mit Rojava und dem damit verbundene Versuch des ökofeministischen,
16 demokratischen Konföderalismus, einer basisdemokratischen gesellschaftlichen
17 Organisierung aller Menschen (Kurd*innen, Araber*innen, Assyrier*innen und
18 anderen) ist für uns stets die Hoffnung auf eine solidarische Gesellschaft
19 abseits der kapitalistischen Moderne verbunden gewesen.

20 In den letzten Monaten mussten nun tausende Menschen aus dem kurdischen
21 Autonomiegebiet in Nordsyrien fliehen oder wurden ermordet, Wohnungen und
22 Krankenhäuser wurden zerstört. Die Kämpfer*innen der SDF (Syrischen
23 Demokratischen Kräfte) aus Amuda und Al-Darbasija mussten sich zurückziehen.
24 Putin und Erdogan kündigten nach ihrem scheinheiligen „Friedensabkommen“ an,
25 dass russisches und syrisches Militär in die Grenzregion vorrücken würde. Diesen
26 „Frieden“ bezeichnen wir als eine Fassade: Machtpolitisch wurde über die Köpfe
27 der Kurd*innen hinweg entschieden. Sie werden dadurch verdrängt, ihrer
28 Lebensgrundlage entrissen und weiter marginalisiert. Auch die modernen
29 Universitäten in Qamischli („Mesopotamische Akademie für Sozialwissenschaften“),
30 Afrin („Universität von Afrin“) und Qamishlo („Rojava-Universität“) sind nicht
31 mehr nutzbar. Deutsche Politiker*innen zeigen sich erschüttert – doch werden
32 reale Handlungsmöglichkeiten von BRD, EU und UN nicht genutzt.

33 Nicht erst die gemeinsamen Einsätze von türkischen Truppen mit für
34 Foltermethoden bekannten jihadistischen Gruppen, in denen deutsche Leopard-
35 Panzer gegen die kurdische Zivilbevölkerung eingesetzt wurden, zeigen, dass die
36 deutschen Rüstungsexporte tödlich und sofort einzustellen sind. Auf EU-Ebene
37 Waffenembargos gegen die Türkei zu verhängen, wäre als Sofortmaßnahme das
38 Mindeste, weitere Sanktionen gegen das türkische Regime sind zu erwägen. Dass
39 dies nicht geschieht, ist in dem im März 2016 zwischen der EU und der Türkei
40 geschlossenem „Flüchtlingsdeal“ begründet: Syrische Kriegsflüchtlinge werden in
41 der Türkei zusammengepfercht um die europäischen Rechte zu besänftigen; im
42 Gegenzug erhält Erdogan finanzielle Unterstützung und wird bei
43 Menschenrechtsverstößen mit Appeasement-Politik belohnt. Auch NATO-

44 Generalsekretär Jens Stoltenberg hat in diesem Sinne zwar die türkische
45 Regierung zur Mäßigung im Sinne der „Stabilität“ der Region angehalten, dabei
46 jedoch gleichzeitig in bester Kriegsbandnis-Manier unter Berufung auf „legitime
47 Sicherheitsinteressen“ der Türkei den türkischen Überfall legitimiert. [„Our
48 Ally Turkey is at the forefront of the crisis and has legitimate security
49 concerns. It has suffered horrendous terrorist attacks. And it hosts millions of
50 Syrian refugees.“¹] Diese Demaskierung der militärisch gestützten Machterhaltung
51 im Ausbeutungsinteresse macht deutlich, dass die zu militärischen Verteidigung
52 westlicher ökonomischer Interessen gegründete NATO keine Friedensperspektive
53 bietet – schon gar nicht als Teil einer „Anti-IS-Koalition“ ist. Ein deutscher
54 Austritt und das entschiedene Eintreten für zivile Konfliktlösung über die
55 Vereinten Nationen sind jederzeit möglich, auch angesichts eines
56 Zusammenschlusses, welches Atomwaffen befürwortet sowie 2% des BIPs seiner
57 Mitgliedstaaten für Militärausgaben verwendet.

58 Gerade die Hochschulen sind dazu aufgefordert, sich zu dieser unhaltbaren und
59 menschenfeindlichen Situation zu äußern. Wissenschaftler*innen stehen in der
60 Verantwortung, sich mit aktuellen Krisen auseinanderzusetzen, um so den
61 allgemeinen Druck der öffentlichen Proteste zu erhöhen. Beispielsweise
62 Sozialwissenschaftler*innen, Jurist*innen, Erziehungswissenschaftler*innen und
63 Informatiker*innen können sich produktiv im Rahmen ihrer jeweiligen Fachrichtung
64 und interdisziplinär mit demokratischen Projekten wie dem in Rojava
65 beschäftigen, indem sie das Thema in ihre Lehre integrieren oder
66 Diskussionsveranstaltungen dazu organisieren könnten. Die
67 Frauenemanzipationsprojekte, die solidarische Landwirtschaft und die
68 Möglichkeiten zum egalitären Wissenschaftsaustausch, welche in Rojava aufgebaut
69 wurden, könnten Inspiration auch bezüglich lokaler Projekte geben.

Begründung

Weitere Begründung ggf. mündlich.

1: https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_169485.htm